Nr. 13 **Friedenssteuer NACHRICHTEN** Sommer 94

Betr: Gewissen und Verfassungsrecht

Am 26.2.94 schreibt Martin Arnold einen Brief an Günther Lott und Paul Tiedemann, in dem er Bedenken äußert über den Vorschlag zu einer Verfassungsänderung, eingebracht von Bündnis 90/Die Grünen; neben vielen anderen Änderungen wird dort vorgeschlagen, den „Gewissensartikel des Grundgesetzes" (Art. 4.1) durch den folgenden Satz 2 zu ergänzen: *„Wer aus Gewissensgründen Rechtspflichten nicht erfüllen kann, muß die Möglichkeit erhalten, gleichbelastende oder gleichwertige Leistungen zu erbringen"*. Martin schreibt: „Mir sind Bedenken dazu gekommen: Wenn der Satz in dieser Allgemeinheit gültig ist und Gewissensprüfungen, wie wir alle wollen, nicht eingeführt werden, sind dann nicht dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet? Die Bestimmung nimmt ja wohl in Kauf, daß z.B. Demagogen die Bevölkerung mobilisieren könnten, aus Gründen ihres deutschen Gewissens keinen Pfennig mehr für Asylantenheime zu zahlen: Der Staat müßte es möglich machen." Und weiter: „Meint Ihr, solches Risiko müßte eben eingegangen werden in der Gewissens-Demokratie? Oder sollen Sperren gegen Mißbrauch eingebaut werden? ... könnte nicht .... die Bildung von Sonderfonds für jeden möglichen Konfliktbereich erzwungen werden? ... nicht doch eines Tages die Staatstätigkeit praktisch unmöglich gemacht werden?"

Martin fragt sich dann abschließend selbst, ob seine Bedenken nicht überzogen sind oder ob er zu sehr an Vernunft und Gewissen aller Menschen zweifelt.

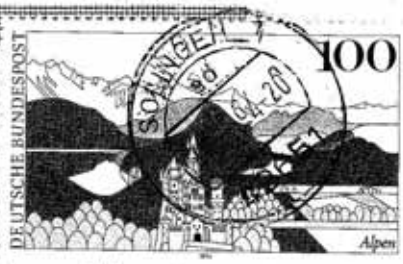
Günther Lott schlägt gleich am Anfang seines Antwortbriefes vom 2.3.94 vor: „Diskutiert werden sollte das natürlich gründlicher und ausführlicher zusammen mit anderen Informierten und Engagierten" (Deswegen bringen die *Friedenssteuer*NACHRICHTEN auch diesen Briefwechsel in dieser Ausführlichkeit).

Günther stellt dann erst einmal fest, daß für ihn ausreichen würde, wenn in der Verfassung der folgende Satz stünde: „In der Beziehung zu allen anderen Staaten bekennt sich das deutsche Volk zum Grundsatz der Gewaltfreiheit. Wehrmacht und jegliche militärische Rüstung sind daher abgeschafft." Und weiter: „Deine Bedenken wegen eines eventuellen Mißbrauchs verstehe ich, teile sie aber nicht. Mit diesem Risiko wirst Du immer leben müssen, solange das individuelle Gewissen Vorrang hat gegenüber staatlichen Forderungen. ... bei „gleichwertig" müßten schon „Zuständige" (Parlament?) entscheiden, wie das aussehen kann und zwar in jeder Richtung: a) was die zu ersetzende Pflicht betrifft (meine einzige Forderung wäre wirklich die Rüstung) und b) was das 'Stellvertretende'

1

Netzwerk Friedenssteuer
Infostelle, Wichernstr. 9, 42653 Solingen,
Tel.: 0212/591648

KEIN GELD FÜR KRIEG



Falls verzogen, bitte mit neuer Adresse zurück!

betrifft (also z.B. eben Friedensfonds statt Militäretat und weiter nichts!)".
Günther geht dann in seinem Brief auf grundsätzliche, weltanschauliche Fragen ein, stellt fest, daß für ihn jede ihm bekannte staatliche Verfassung viel zu eng formuliert ist - „Das wirklich Notwendige könnte in der Regel durch freie Vereinbarung der Betroffenen geordnet werden" -, daß die Menschen in vielem sich sowieso nicht nach den Gesetzen, sondern nach ihrer Vernunft verhalten und sagt dann: „Insgesamt gesehen halte ich aber eine Menschheit für arm, die nach den Gesetzen lebt und nicht aus freier Einsicht oder 'nach Erfahrung'."
Paul Tiedemann, der seinerzeit am Verfassungsentwurf des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder mitgearbeitet hat, gibt in seinem Antwortbrief vom 3.3.94 seinen damaligen Vorschlag wieder: „Wer aus Gewissensgründen Rechtspflichten, insbesondere auch die Wehrpflicht und die Steuerpflicht, nicht erfüllen kann, hat Anspruch auf Befreiung. Durch Gesetz können gleichbelastende oder gleichwertige Leistungen auferlegt werden". Paul schreibt dann weiter, daß er es für wichtig hält, „daß eine Gewissensentscheidung wenigstens schlüssig behauptet wird" und stellt dann fest, daß jede Art von Gewissensprüfung „nicht in allen Fällen die Spreu vom Weizen trennen kann."
„Es verhält sich mit einem demokratischen, an der Menschenwürde orientierten Rechtsstaat wie mit einem Lebewesen. Es ist viel empfindlicher als Gegenstände aus Eisen und Stein, und andererseits doch viel stärker als jene, freilich nur unter der Bedingung, daß es sein Leben immer wieder wagt. 'Demokratie wagen' bedeutet auch dies! Wer die Demokratie so sichern will, daß sie der Gefahr des Mißbrauchs nicht mehr ausgeliefert ist, schafft sie damit schon ab". Für Steuerverweigerung gilt: „Wenn Du als verantwortlicher Staatsbürger das Recht der Gewissensfreiheit nicht allgemein eingehen willst, dann bleibt Dir nichts anderes übrig, als auch auf die Militärsteuerverweigerung aus Gewissensgründen zu verzichten".
Paul weist dann auf das Buch „Die Katastrophen der Demokratie" (von Burkhard Wehner, Wiss. Verlagsgesellschaft Darmstadt, 1992) hin, in dem vom Autor vorgeschlagen wird, „den Staat in thematisch verschiedene von einander unabhängige Sondereinheiten zu zerlegen und jeder Einheit eine eigene Kasse und eigene Steuern zuzuordnen".
Bis zu diesem Punkt habe ich mich redlich bemüht, den Inhalt der drei Briefe einigermaßen genau in stark gekürzter Form wiederzugeben; vielleicht ist dieses Thema doch für die meisten Leser der *Friedenssteuer*NACHRICHTEN so interessant, daß jetzt endlich eine Diskussion innerhalb des Netzwerk Friedenssteuer (z.B. über die *Friedenssteuer*NACHRICHTEN) entsteht.
Und ich will gleich meinen Beitrag zu dieser Diskussion leisten (zumal dieses die letzten *Friedenssteuer*NACHRICHTEN sind, an denen ich in der Redaktion mitarbeite).
Mir scheint, daß in allen Diskussionen über Mißbrauch, über Direkte Demokratie immer ein Punkt viel zu wenig Beachtung findet, nämlich daß unsere „parlamentarische Demokratie" - so wie sie von allen möglichen Kräften verbogen wurde - mit Demokratie im Sinne einer Herrschaft des Volkes („Alle Gewalt geht vom Volke aus") recht wenig zu tun hat. Für mich gehört zur Demokratie, daß im Volk über politische Fragen eine lebhafte und ernsthafte Diskussion stattfindet, die auch in den politischen Entscheidungsprozeß eingeht. In einer solchen ernsthaften Demokratie trägt jeder und jede auch einen Teil der Verantwortung, empfindet diese Verantwortung und wird daher auch verantwortlich entscheiden. Demagogen werden in es einem solchen System zumindest sehr viel schwerer haben. Gehen wir einmal von einem solchen System aus, dann ist wohl die Gefahr des Mißbrauchs wesentlich geringer als in einem politischen System, in dem jedeR die eigene politische Bedeutungslosigkeit jeden Tag (und ganz besonders bei Wahlen) deutlich vor Augen geführt bekommt; außerdem verführt die Philosophie unseres Wirtschaftssystems ja direkt dazu, nur eigene Wünsche als wichtig zu empfinden und keinen Gedanken an Wünsche anderer zu „verschwenden", ja, diese geradezu als Zumutung zu empfinden.
Aus dem Gesagten ergibt sich für mich, daß - solange an unserer Demokratie nichts verändert wird - ein Verfassungsartikel wie der vom Bündnis 90/ Die Grünen vorgeschlagen - Tür und Tor dem Mißbrauch öffnen könnte. Dieser Verfassungsartikel kann aber nicht losgelöst von allen weiteren Änderungsvorschlägen im Gesetzentwurf Bündnis 90/ Die Grünen gesehen werden, in denen starke Elemente der Direkten Demokratie enthalten sind.
In den USA ist in den letzten Jahren eine Initiative entstanden, die ein Selbstbestimmungsrecht hinsichtlich aller Steuern fordert, eine Art direkter Demokratie über den Geldbeutel. Auch hier wäre notwendig, daß die Bürger und Bürgerinnen die Verantwortung übernehmen und vor allem übernehmen können.
Zu den „gleichwertigen Leistungen", die im Verfassungsentwurf vorgesehen sind: Wenn wir uns über unsere Ziele in sehr allgemeiner Form einigen können - ich habe den Begriff „Staatsziele" vermieden -, dann können wir uns wohl auch recht einfach über die „gleichwertigen Leistungen" einigen.
Das zeigt deutlich, wohin der Weg gehen muß: wir brauchen eine radikale Demokratisierung der gesamten Gesellschaft und können das "Gewissensproblem" nicht losgelöst davon sehen.

Klaus Hecker.

Vom Netzwerkrat

Unser bisheriger Sprecher des Netzwerkrates, Dedo von Krosigk, hat sich bereit erklärt, die Funktion bis zum Jahresende 1994 wahrzunehmen. Ab 1995 übernimmt Siggi Laugsch, Nürnberg, die Aufgabe. Das nächste Ratstreffen findet vom 25.-27.11.94 in Boppard/Rhein statt.

Aus den Regionen

Nord

Am 5.4.94 fand in Hamburg das Regionaltreffen Nord mit vier TeilnehmerInnen und zwei Gästen statt. Es fand ein intensiver Austausch statt. Dedo von Krosigk und Bernd Abesser sind weiterhin Regionalsprecher. Das nächste Treffen ist am 19.11.94, wahrscheinlich in Hannover, u. a. zum Thema Kirchentag in Hamburg.
Regionalsprecher: Bernd Abesser, Am Steinbruch 12, 30449 Hannover, 0511/444003
Dedo von Krosigk , 30519 Hannover, Querstr. 9, 0511 830759

Berlin

Schade, daß ich dieser Tage nicht in Berlin bin! Das würde ich ja doch auch gern einmal sehen, ein ganz offiziell aufgehängtes Plakat (in 120 U-Bahn-Wagen!!) mit dem Text „Steuern ja, aber nicht für Krieg" und zwei Telefonnummern, wo Näheres zu erfragen ist.
In einem Artikel aus einer berliner Zeitschrift heißt es: „Die ersten Anrufe sind schon eingegangen. Erstaunlicherweise sind sie durchweg freundlich". Eine solche Aktion ist nicht gerade billig: Pro Aufkleber kostet der erste Monat DM 8,50, jeder weitere Monat schlägt dann mit DM 5,- zu Buche. Und wer möchte, daß in seinem/ihrem Namen auch so ein Aufkleber durch Berlin fährt, kann dies durch eine Spende bewirken (Sonderkonto Sabine Eckert Kennwort „Friedenssteuer" Konto-Nr. 670 261 815 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00).
K.H.

Regionalsprecherin für Berlin: Sabine Eckert , Grüntaler Str. 14, 13357 Berlin, 030/2162689

West

nächstes Regionaltreffen am 1.10.94, von 14-18 Uhr in Leverkusen.
RegionalsprecherIn:
Axel Jassoy, 40479 Düsseldorf, Prinz-Georg-Str. 92, 0211/ 466983
Dorothea Kötter, 53177 Bonn, Burgstr. 97, 0228/355289 , fax 61740

Südwest

nächstes Regionaltreffen voraussichtlich am 10.9.94 (15 Uhr) in Freiburg.
Regionalsprecher:
Werner Huber, 79108 Freiburg, Zähringer Str. 6

Bayern

Die Regionalversammlung Bayern soll künftig einmal jährlich im Rahmen der Bundesweiten Friedensdekade (1. Novemberhälfte) stattfinden, die nächste am 12.11.94, voraussichtlich in Landshut. Es gibt jetzt auch ein eigens Regionalkonto Bayern: 100041521, S.u.K.bank. Nürnberg (76060561). Zur Zeit werden die über 100 Anschriften "ausgemistet". Wer keine regionale Post bekommt, aber dies möchte, sollte sich melden.
RegionalsprecherInnen:
Siegfried Laugsch, 90212 Nürnberg, Pf. 450131, 0911/ 397851
Dr. Brigitte Janus, 90408 Nürnberg, Krelingstr. 10, 0911/ 353237

Aus den Arbeitsschwerpunkten

§§§§ Rechtswege §§§§

Grundrecht auf "rechtliches Gehör" (Art. 103 GG) und "effektiven Rechtsschutz" (Art. 19 IV GG) verletzt?
Der Rechtsanwalt am BGH, Kroitzsch, ist der Auffassung, daß es gegen die Menschenwürde (Art. 1 GG) und das Rechtsstaatsprinzip verstößt, wenn Klagen oder Beschwerden ohne Begründung abgewiesen werden oder nicht angenommen werden, weil "sie nicht der Rechtsfortbildung dienen". Das sind Verfahrensweisen, mit denen gerade Militärsteuerverweigererinnen regelmäßig konfrontiert werden. Näheres bei:
Werner Huber, Zähringer Str. 6, 78108 Freiburg

Freiburger Richter zweifelt "Rechtsschutzbedürfnis" von MilitärsteuerverweigererInnen an
Im Prozeß von Ulrike Stutzmann und Dr. Gerd Pfeifer vertrat er ferner die Auffassung, aus Art. 4,3 GG ergebe sich sogar eine Erlaubnis zum Kriegssteuerzwang und durch ein Gesetz würde sich nichts ändern, da dann der Staat Gelder vom Sozialhaushalt abziehen würde, um das Militär zu finanzieren. Alles klar?!

Man könnte noch mehr berichten: Voigts Klage vor der europäischen Menschenrechtskommision nicht zugelassen * Hille Richers' Klage in Köln abgelehnt * Klage Versöhnungsbund "erfolgreich", weil Finanzamt Formfehler machte * Verfahren Ursula Löw, Düsseldorf * Prozeß Werner Huber, Freiburg * Nichtzulassungsbeschwerde Antoch beim BFH * Gudrun Rehmanns Klage beim "Einzelrichter" in BI * Prozeß Lichtenhagen-Krämer, Bonn * Günther Lott sucht Rechtsanwalt für Lohnsteuerverweigerung ...
Dazu brauchen wir aber jemand, der/die die NACHRICHTEN zum Thema "Rechtswege" aufbereitet, so wie in den anderen ASPen!!!

Aus den Arbeitsschwerpunkten

Gesetzesinitiative

Der Text unseres Lobby-Ratgebers ist nun fertiggestellt. Klaus Hecker, Robert Antoch und ich haben ihn geschrieben. Einige Änderungsvorschläge vom letzten Netzwerkrats-Treffen konnten noch berücksichtigt und eingearbeitet werden. Die erste Auflage sind 1000 Stück, der Abgabepreis beträgt 2 DM pro Heft plus 2 DM Versandkostenpauschale, Staffelpreis ab 10 Ex.: DM 1,50! Bestellung bitte nur beim Materialversand in Aachen: Pax Christi, Klosterplatz 7, 52962 Aachen, Tel./Fax.: 0241/402876.

So steht er also rechtzeitig für die Arbeit zur Verfügung, die im Rahmen des beginnenden Bundestagswahlkampfes gestartet werden soll. Wir wollen uns bemühen, in allen 328 Wahlkreisen zumindest die aussichtsreichen KandidatInnen und die größeren Parteien auf unser Thema anzusprechen. Das kann zunächst durchaus mit Standard-Briefen geschehen. Das Ziel ist, daß jedeR Abgeordnete des neuen (13.) Bundestages vom Thema Friedenssteuer zumindest schon einmal gehört hat. Das ist dann eine gute Grundlage für die neue Lobby-Arbeit im Bundestag ab November 1994. Denn auch im nächsten Bundestag ist es zunächst völlig offen (selbst bei einem relativen Wahl-"Erfolg" von Bündnis 90/Die Grünen), ob es gelingt, unseren Gesetzentwurf wieder ins Plenum zu bringen.

Ich werde mit den RegionalsprecherInnen die Aufteilung und Zuständigkeit für die Wahlkreise absprechen und jeder Region einen genauen Plan zusenden.

Bitte helft alle mit! Die Arbeit in Bonn ist schon deshalb besonders wichtig, weil Finanzbehörden und Gerichte zur Zeit besonders stur blokkieren.

Musterbrief

Sehr geehrte Frau.... (Sehr geehrter Herr...),

Sie kandidieren auf der Liste Ihrer Partei für den neuen Bundestag. Ich erlaube mir, Sie daher heute auf ein Thema anzusprechen, das seit vielen Jahren für immer mehr BürgerInnen unseres Landes von lebenswichtiger Bedeutung ist.

Wie Sie wissen, sichert Art.4,3 GG das Recht auf Kriegsdienstverweigerung („mit der Waffe") aus Gewissensgründen. Was aber ist mit Frauen, nicht Wehrpflichtigen, ehemaligen Soldaten und älteren BürgerInnen, die ebenfalls aus Gewissensgründen jegliche Art von Kriegsdienst ablehnen? Viele von ihnen halten die Pflicht, gegen ihr Gewissen lebenslang über Steuerzahlungen Rüstung und Militär mitzufinanzieren und damit zu unterstützen und mitverantworten zu müssen, für schwerwiegender und belastender als einen zehn- oder zwölfmonatigen Dienst in der Bundeswehr. Dieser Zustand ist faktisch eine Außerkraftsetzung des Grundrechts auf Gewissensfreiheit.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, sehr geehrte Frau... (geehrter Herr...), wenn ich Ihnen bei nächster Gelegenheit zu einem Ihnen genehmen Termin einmal in Kürze den Gesetzesvorschlag erläutern dürfte, den das NETZWERK FRIEDENSSTEUER hierzu erarbeitet hat. Dieser Entwurf wurde bereits zweimal im Bundestag beraten, fand nur bis heute noch keine ausreichende Mehrheit. Auch im 13. Bundestag wird das Thema wieder erörtert werden müssen.

Selbstverständlich können wir Ihnen auch gerne schriftliches Material zur Thematik zusenden.

Ihre Rückäußerung würde mich freuen.

Mit freundlichen Grüßen!

Für Informationen über eventuelle Kontakte zu KandidatInnen oder Reaktionen von PolitikerInnen bin ich immer dankbar. Günther Lott, Postfach 1151, 69227 Rauenberg, 06222/62726, fax 62702

Vernetzung

Presseseminar mit Oliver Weiandt (Theologie/Journaist):

"Ach wie gut, daß jeder weiß..

news production

Themenbereiche:

A) Journalistische Grundformen

B) Pressekonferenz

C) Hörfunk-Interviews

InteressentInnen bis 15. Juli 1994 melden bei:

Siggi Laugsch, Tel.: 0911/ 4304238 oder -9

neue Adresse der niederländischen "Beweging Weigering Defensiebelasting (BWD):

Pauwstraat 7, NL-3512 TG Utrecht

Dedos Herkunft sorgte für ein Presseecho besonderer Art auf seinen Prozeß beim Finanzgericht Hannover.

Das liest sich dann z.B. so: "Dedo Graf Schwerin von Krosigk (36) entstammt einem 900 Jahre alten Adelsgeschlecht. Die Männer seiner Familie dienten als Offiziere, Großvater Lutz von Krosigk war Finanzminister unter Adolf Hitler. Doch Enkel Dedo, selbständiger Diplomingenieur, verabscheut Waffen und Militär..."

Kontakperson Vernetzung:

Klaus Hecker,
Pfarrer-Dorn-Str. 18,
55172 Mainz,
06131 /368411, fax: 368023

Für NIWANO-Friedenspreis vorgeschlagen

Der Friedensausschuß der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) wurde von der 1978 in Japan von einer Buddhistischen Laienorganisation gegründeten NIWANO-Peace-Foundation um einen Vorschlag zur Verleihung dieses Preises gebeten. Der Friedenspreis wird alljährlich an solche Menschen und Organisationen vergeben, die durch die Förderung interreligiöser Zusammenarbeit einen bedeutenden Beitrag zum Weltfrieden leisten.

Die Quäker haben die Ökumenische Aktion „Steuern zu Pflugscharen" für 1995 als Preisträger vorgeschlagen.

aus dem Inhalt:
Klaus Wengst: Steuerfrage im Neuen Testament
Reinhard Egel: Gütekraft
Manfred Esmajor: Moralischer Senf zur Militärwurst?
Dokumente zur Auseinandersetzung in der Kirche von NETZWERK FRIEDENSSTEUER, Heino Falcke, Ludwig Große, Hermann Josef Spital u.a.; Synodenvorlage Ev. Kirche im Rheinland

Bezug: Pax Christi, Klosterpl. 7, 52062 Aachen
5 DM + 2 DM Porto (Briefm. od. Scheck)

Kirche und Ziviler Ungehorsam

Aktion auf der Landessynode der Ev. Kirche im Rheinland Jan. 1994

Die Kirchenleitung hat unterdessen beschlossen: Überweisung zur Beratung an den Ständigen Öffentlichkeitsausschuß und an den Ständigen Kirchenordnungsausschuß. Bei der Landessynode 1995 soll entschieden werden.

Die Kreissynode Berlin-Neukölln '93

hat den Kreissynodalvorstand beauftragt, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die das Thema Militärsteuerverweigerung für die Herbstsynode 1994 vorbereitetet.

„Schwerter oder Pflugscharen"

In der Zeitschrift „Evangelisch", die für alle ev. Haushalte in der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) herausgegeben wird, ist ein Pro und Contra Artikel zur Militärsteuerverweigerung abgedruckt. Hannelore Morgenstern schreibt in ihrem Pro-Artikel u.a.: „...ich glaube, das wir Kirchenleute Veränderungen anstoßen können.... Wenn sich viele verweigern, wird dies auch politische Wirkung haben." Martin Albrecht, Kirchenleitungsmitglied und Staatsminister a.D., schreibt aus der Contra-Position u.a.: Ich kann „ allenfalls anerkennen, das der "Militärsteuerverweigerer" nicht aus selbstsüchtigen Gründen handelt; für sittlich gerechtfertigt halte ich sein Verhalten nicht." (Kostenlos bestellen bei: Informations- und Medienstelle der EKiR, Hans-Böckler Str. 7, 40476 Düsseldorf, Tel. 0211/ 4562-373. Hannelore Morgensterns Artikel ist auch im neuen Handbuch abgedruckt.)

Versöhnungsbund-Mitarbeiter bekam verweigertes Geld zurück

Der Internationale Versöhnungsbund - Deutscher Zweig - hat 1991 für seinen Mitarbeiter und Militärsteuerverweigerer Wolfgang Schlupp die Einkommensteuer niedriger festgesetzt, einbehalten und deswegen einen Prozeß gegen das Finanzamt Elmshorn geführt. Wegen eines Formfehlers mußte das Finanzamt das inzwischen gepfändete Geld zurückzahlen, so daß zum ersten Mal ein Militärsteuerverweigerer durch eine Klage das Geld zurückerhielt. Wolfgang Schlupp hat davon „Saat des Friedens" für Ex-Jugoslawien gekauft und mit anderen in Bonn überreicht.

Pax Christi zum 2.Mal gepfändet

Das Finanzamt Aachen hat inzwischen einen Ablehnungsbescheid geschickt. Dagegen hat Pax-Christi Beschwerde eingelegt. Die Pax-Bank hat wegen der zweiten Pfändung die Kündigung des Kontos angedroht. Gespräche mit der Bank laufen. (Die Vorgeschichte ist im neuen Handbuch nachzulesen.)

EKD-Hearing

Ein erstes Gespräch zwischen VertreterInnen jeweils der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und des NETZWERK FRIEDENSSTEUER fand am 27. Juni 1994 in Hannover statt.
Ilse Staude (Staufenberg), Heinz Wagner (Aachen) und Martin Arnold (Essen) legten als Beauftragte des NETZWERK FRIEDENSSTEUER den EKD-Synodalen folgende Erwartungen der MilitärsteuerverweigererInnen an die Kirche vor:
„1. Wir erwarten, daß sich die Kirche den Herausforderungen, Chancen und Möglichkeiten der aktiven Gewaltfreiheit stärker öffnet und in der Nachfolge Jesu die Erkenntnis der Gütekraft (Kraft der Gewaltfreiheit) bewußt fördert.
2. Wir erwarten, daß die Kirche die Pazifistische Steuerverweigerung als eine mögliche Konkretion der Gütekraft anerkennt und öffentlich sagt, daß die Militärsteuerverweigerung als christliches Zeugnis anzusehen ist wie die Kriegsdienstverweigerung.
3. Wir erwarten, daß die Kirche in gleicher Weise für kirchliche Unterstützung und Beistand für MilitärsteuerverweigererInnen sorgt, wie sie es bereits heute für Kriegsdienstverweigerer tut."
In offener Atmosphäre wurden die aufgeworfenen Fragen auch kontrovers erörtert.
Eine Entscheidung über mögliche Konsequenzen aus der Begegnung ist erst bei der nächsten EKD-Synode im November 1994 in Halle zu erwarten.

Die Ökumenische Versammlung,

eine Veranstaltung des Ök. Rates Berlin (ÖRB), in der die christlichen Kirchen zusammenarbeiten, hat auf Antrag des Arbeitskreises „Militärsteuer und Gewissensfrage" an der Ev. Akademie Berlin-Brandenburg am 20./21. Mai 1994 beschlossen, die Kirchen aufzufordern ein (oder mehrere) Ander-Konto „Friedenssteuer" einzurichten.

Fachtagung

am 16. November (Buß- und Bettag): Bitte vormerken!
Um mit profilierten KritikerInnen und mit Entscheidungsträgern aus Gemeinden, Kirchenkreisen und Landeskirchen/Diözesen das Gespräch weiterzuführen, plant die rheinische Gruppe eine eintägige bundesweite Fachtagung im Köln-Bonner Raum am 16.11.94.

Bischof Lehmann

befürwortet Zivilen Ungehorsam
Der Mainzer Bischof Karl Lehmann, Vorsitzender der Katholischen Deutschen Bischofskonferenz, bezog Stellung für das Kirchenasyl: "Kommt jemand nach gewissenhafter Prüfung zu dem Ergebnis, daß er einen Menschen vor Gefahr schützen muß, hat er das Recht, sich ausnahmsweise gegen staatliche Anordnungen zu stellen". (FR 18.5.94)

Kontakt: "Steuern zu Pflugscharen" (Kirchen): Martin Arnold, Neißestr. 4, 45136 Essen 1, 0201/255282, fax: telefon. anmelden

FriedenssteuerNACHRICHTEN-Redaktionsmitarbeiter für "Steuern zu Pflugscharen" ist: Lutz E. Bohr, Hans-Böckler-Str.19, 51429 Berg. Gladbach

Von der Infostelle

Mir hat die Arbeit an den NACHRICHTEN sehr viel Spaß gemacht, ich fand das als eine interessante und lohnende Aufgabe. Aber ich habe andere Aufgaben übernommen, die mir zu wenig Zeit für die Redationsarbeit lassen.
Euer Klaus Hecker

Jahresbrief ging an 800 Adressen.

Davon kamen bisher ca. 300 Bestellungen der Friedenssteuer-NACHRICHTEN zurück
Manche vermißten die NACHRICHTEN im vierteljährlichen Turnus, d.h. im März/April. Bis auf weiteres werden sie nur noch halb so oft, d.h. halbjährlich erscheinen. Die Konsequenz daraus, daß sich die Redaktion "halbiert" hat. Es hat sich nämlich bisher noch niemand als NachfolgerIn für Klaus gemeldet. Ich werde notfalls die angebotenen vier Ausgaben (so Gott will) bis Nr. 16, Herbst 95, herausbringen, dann ist aber auch für mich Schluß.

Deshalb nochmal ein Aufruf an alle: Wer hat Lust, in der Redaktion der NACHRICHTEN mitzuarbeiten? (Aufwand: einen halben Tag Redaktionssitzung, ein paar Abende tippen. Und man spart sich nachher das Lesen der NACHRICHTEN.) Ruf' doch mal "unverbindlich" an!

Ich glaube, hier ist die richitge Stelle, Klaus Hecker, der an diesen NACHRICHTEN zum letzen Mal verantwortlich mitgearbeitet hat, ganz herzlich für die Zusammenarbeit zu danken. Ich kann seine Gründe auszuscheiden akzeptieren, gleichwohl ich traurig darüber bin, daß wir uns dadurch wahrscheinlich seltener sehen werden - denn bei allem Fleiß blieb auch immer noch Zeit für private Gespräche. In den vergangenen drei Jahren ist mir Klaus zu einem sehr wichtigen Freund geworden.
Reinhard Egel

Redaktionsschluß ist der 30.9.94